

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 9

Artikel: Probleme und Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft
Autor: Hayek, F.A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159563>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PROBLEME UND SCHWIERIGKEITEN DER ENGLISCHEN WIRTSCHAFT

VON F. A. HAYEK

Es ist eine nicht ungewöhnliche Erscheinung, daß gerade nach schweren Erschütterungen, die den Wohlstand eines Landes verringern, die Ansprüche und Erwartungen auf Steigerung des Lebensstandards höher denn je sind und Parteien ans Ruder kommen, welche ihre Position Versprechungen verdanken, die mit der neuen Lage des Landes unvereinbar sind. Eine *sozialistische Partei*, die nach einem langen Krieg die Regierung übernimmt, ist versucht, gegenüber den großen Reformen, die sie versprochen hat, die dringlichen Wiederaufbaumaßnahmen zu vernachlässigen und Aufgaben in Angriff zu nehmen, die sich die Nation nach den gegebenen Umständen nicht leisten kann. Das Dilemma einer solchen Partei in einem Volke, das ärmer geworden ist und dessen Ansprüche gleichzeitig gestiegen sind, zeigt sich mit aller Deutlichkeit in der Entwicklung der englischen Wirtschaft seit dem Kriege.

Die Größe der *wirtschaftlichen Verluste*, die Großbritannien im Kriege erlitten hat, ist zunächst kaum im Lande selbst und gewiß nicht im Ausland völlig verstanden worden. Seitdem aber die Krise des vergangenen Sommers der Welt Englands wirkliche Schwierigkeiten gezeigt hat, ist an die Stelle eines unberechtigten Optimismus ein ebenso übertriebener Pessimismus getreten. Daß die Krise kommen mußte, war lange vorauszusehen. Daß sie früher gekommen ist als zu erwarten war, war wahrscheinlich ein Glück.

Die Wirkungen des Krieges auf Englands Volkswirtschaft

Es ist notwendig, mit der Betrachtung einiger grundlegender Tatsachen zu beginnen, die zwar in ihren Umrissen allgemein bekannt sind, deren Bedeutung aber in ihrer zahlenmäßigen Größe liegt, die selten ganz gewürdigt wird. Englands Wirtschaft war vor dem Kriege nicht nur in einem Ausmaß von eingeführten Rohstoffen und Lebens-

mitteln abhängig wie die keines andern großen Landes, sondern sie bezahlte auch für diese unentbehrlichen Erfordernisse zu einem großen Teil nicht durch Warenausfuhr. In runden Ziffern stand in den letzten drei Vorkriegsjahren einer *Wareneinfuhr* von 900 Millionen Pfund eine *Warenausfuhr* von nur 500 Millionen Pfund gegenüber. Die verbleibenden 400 Millionen wurden zur Hälfte durch die Erträge auswärtiger *Kapitalanlagen*, zur andern Hälfte durch das Einkommen aus der *Handelsschiffahrt*, dem *Versicherungsgeschäft* und andern finanziellen Dienstleistungen und zum Teil auch durch die Aufnahme von Anleihen gedeckt. Was für gewaltige Ziffern dies selbst für Großbritannien sind, sieht man am besten dann, wenn man sie mit den Schätzungen des gesamten Volkseinkommens vergleicht, das für 1938 mit 4 600 Millionen Pfund bewertet wurde. (Es mag gleich hier bemerkt werden, daß die entsprechende Ziffer für 1946 rund 8 000 Millionen Pfund beträgt, wobei diese Steigerung natürlich nur eine Steigerung des Geldeinkommens und nicht des Realeinkommens darstellt.)

Der Krieg hat grundlegende Umwälzungen in den wirtschaftlichen Beziehungen Englands zur übrigen Welt gebracht, die nur zum Teil vorübergehender, zum Teil aber dauernder Natur sind und eine völlige Änderung der Struktur der englischen Wirtschaft notwendig machen. Zunächst hat England während des Krieges ganz bewußt durch eine Politik, die — ohne Rücksicht auf die langfristigen Wirkungen — auf eine maximale Mobilisierung aller Produktionskräfte für den unmittelbaren Bedarf der Kriegsführung hinzielte, die *Exportindustrien* weitgehend eingeschränkt, so daß die Warenausfuhr zeitweilig auf weniger als 30 Prozent der Vorkriegsmenge verringert war. Wie weit diese Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte ging, zeigt sich am besten daran, daß gegen Ende des Krieges (Mitte 1944) von einer Gesamtzahl von 22 Millionen Beschäftigten nicht weniger als 10 Millionen oder 42 Prozent in den Streitkräften eingeteilt oder in der Rüstungsindustrie beschäftigt waren und nur ca. 2 Prozent für den Export arbeiteten. Die Folge davon war nicht nur eine noch lange nachwirkende Verminderung der Leistungsfähigkeit der Exportindustrien, sondern z. T. auch ein dauernder Verlust von Absatzmärkten. Ernstest noch als diese zeitweilige Einschränkung der Exportindustrien sind die Verluste in den andern Aktivposten der Zahlungsbilanz. Die schlimmste und auf absehbare Zeit nicht mehr gutzumachende Einbuße ist die Verminderung der *auswärtigen Kapitalanlagen* um mehr als die Hälfte. Aber auch die andern Posten haben schwer gelitten. Etwa die Hälfte der Handelsflotte wurde im Krieg zerstört, und obwohl durch Neubauten die Gesamttonnage zu Ende des Krieges noch ungefähr zwei Drittel der Vorkriegsziffer betrug, so ist das Nettoeinkommen Englands aus dieser Quelle (d. h. der Über-

schuß über die Kosten der eigenen Einfuhr und Ausfuhr) heute ganz unbedeutend. Die Gewinne, die London aus dem internationalen Bank- und Versicherungsgeschäft zog, haben kaum weniger gelitten.

Das Gesamtergebnis aller dieser Veränderungen war, daß Großbritannien zu Ende des Krieges aus den laufenden Einnahmen, die ihm vom Ausland zuflossen, nicht einmal die Hälfte seiner Vorkriegseinfuhr bezahlen konnte. Damit haben wir aber noch kein vollständiges Bild von der Größe des Problems; denn zu diesen Verlusten ist noch die Last der *neuen auswärtigen Verschuldung* hinzuzuzählen, die England während des Krieges auf sich lud. Die nahezu 3 500 Millionen Pfund, die England zu Ende des Krieges, größtenteils in kurzfristiger Form, neu schuldete, waren nur zu einem beschränkten Teil Lieferungen von Kriegsmaterial oder Lebensmitteln nach England zuzuschreiben, und weniger als ein Zehntel des Betrages bestand in Schulden an die Vereinigten Staaten. Bei weitem der größte Teil waren Verpflichtungen an *Indien, Burma* und die Länder des *Nahen Ostens*, denen England die Kosten ihrer Verteidigung bar bezahlt hat, indem es die hiezu erforderlichen Beträge zum großen Teil in diesen Ländern borgen mußte. Das ist der Ursprung jener «*sterling balances*», die in der Diskussion der letzten Monate eine so große Rolle gespielt haben.

Zusammengenommen bedeuten der Verlust eines großen Teils der alten auswärtigen Kapitalanlagen und die neue Verschuldung, daß Großbritannien sich von einem Gläubigerland zu einem Schuldnerland verwandelt hat und es nicht nur nicht mehr einen Teil seiner Einfuhr aus seinem Kapitaleinkommen bestreiten, sondern im Gegen teil einen Ausfuhrüberschuß erzielen muß, um auch nur den Zinsendienst auf seinen Schulden zu bestreiten.

Welche *Steigerung der Ausfuhr* wäre nun notwendig, um das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz wieder herzustellen? Schon für die Bezahlung der vor dem Kriege eingeführten Warenmenge müßte die Ausfuhr um die Hälfte erhöht werden. Wenn wir dazu noch die neue Schuldenlast, die größeren Rohstoffmengen, die der größere Export erfordert, die Zunahme der Bevölkerung und schließlich den Bedarf für die dringlichste Wiederherstellung der Kriegsschäden im Lande selbst in Betracht ziehen, so scheint eine Steigerung der Warenausfuhr um mindestens 75 Prozent der Vorkriegsmenge unumgänglich. Das ist an sich schon eine erschreckende Ziffer, die aber immer noch keine zureichende Vorstellung von der Größe der Aufgabe gibt, die der englischen Exportindustrie gestellt ist. Denn für eine Anzahl der Industrien, die in der Vergangenheit einen großen Anteil der englischen Ausfuhr bestritten haben, kommt eine namhafte Steigerung der Ausfuhr heute nicht in Frage. Das gilt vor allem für die *Kohle*, wo vorläufig wenig Aussicht besteht, in absehbarer Zeit auch

nur die Vorkriegsausfuhr wieder zu erreichen. Auch die englische *Textilindustrie* hat ihre ehemalige Bedeutung in diesem Zusammenhang wohl für immer verloren. Das bedeutet aber, daß die Steigerung der Gesamtausfuhr fast ausschließlich von den zwei großen Industrien erzielt werden muß, die schon vor dem Krieg ungefähr die Hälfte der Exporte herstellten, nämlich von der *Maschinenindustrie* und der *Fahrzeugproduktion*, die dabei nur auf eine beschränkte Unterstützung durch die chemische, elektrische und einige andere kleinere Industrien zählen können. Soll aber die Zunahme der Ausfuhr in diesen Industrien die notwendige Vergrößerung der Gesamtausfuhr herbeiführen, so müssen sie die Ausfuhrmenge ungefähr verdreifachen.

Das ist eine ungeheure, aber doch nicht hoffnungslose Aufgabe. Und zunächst schien die Entwicklung die Hoffnungen zu rechtfertigen, daß diese Ausfuhrsteigerung bald erreicht werden würde. Die Zunahme von *Produktion und Ausfuhr im Jahre 1946* war überaus günstig. Das Vorkriegsniveau der Ausfuhr wurde schon in der Mitte des Jahres erreicht und im Herbst beträchtlich überschritten; die Gesamtziffer betrug 900 an Stelle der erhofften 750 Millionen Pfund. Ein gewisser Optimismus schien gerechtfertigt; er konnte sich denn auch auf die gesamte Wirtschaftspolitik auswirken. Aber diese Hoffnungen sind inzwischen bitter enttäuscht worden.

Wir haben bisher nur eine der Quellen betrachtet, aus denen England die *Kriegskosten* bestritt; und so gewaltig die Beträge der abgestoßenen Auslandsanlagen und der neuen Verschuldung auch sein mögen, so stellen sie doch nur einen kleinen Beitrag zum Gesamtaufwand dar. Ein weiterer großer, ja sogar der größte Teil wurde durch Einschränkung des laufenden Konsums der Zivilbevölkerung und durch absolute Produktionssteigerung im Inland aufgebracht und dieser Teil der Kriegskosten ist der einzige, der ohne Folgen für die Zukunft bestritten worden ist. Darüber hinaus jedoch wurde noch in großem Maße das inländische Realkapital aufgezehrt, d. h. es wurden Produktivkräfte, die für seine Erhaltung und Erneuerung hätten aufgewendet werden sollen, für den laufenden Bedarf des Krieges verwendet, und dieser Teil der Kriegskosten stellt eine ernste Belastung der Zukunft dar. Dazu kommt noch der Kapitalverlust infolge direkter Zerstörung durch Bomben usw., der behoben werden muß, wenn England seine Produktionskraft wiedergewinnen soll.

Es liegen Schätzungen vor, wonach England — einschließlich der Verluste an auswärtigen Kapitalanlagen — mehr als ein Viertel seines Vorkriegskapitals eingebüßt hat. Allein die Wiedergutmachung der physischen Zerstörung und der unterlassenen Kapitalerneuerung dürfte einen Betrag von 4000 bis 4500 Millionen Pfund, also mehr als die Hälfte des gegenwärtigen jährlichen Volkseinkommens, er-

fordern. Die Größe und Dringlichkeit dieses Investitionsbedarfs sei hier besonders betont, da sie die Fehler der Politik der letzten Zeit wenigstens verständlich macht, wenn sie diese auch nicht entschuldigen kann.

Das Problem des Wiederaufbaus

Das erste und dringendste Problem zu Ende des Krieges bestand darin, Großbritanniens Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen sicherzustellen, bis es gelingen würde, die Ausfuhr genügend zu steigern und daraus die laufende Einfuhr zu bezahlen. Es war klar, daß das eine Reihe von Jahren dauern würde, während deren das Defizit der Zahlungsbilanz nur durch fremde Kredite überbrückt werden kann. Diesem Zweck sollten die *amerikanischen und kanadischen Kredite* von zusammen 1250 Millionen Pfund dienen, die im Jahre 1946 verfügbar wurden. Mit ihrer Hilfe hoffte man, das Ziel im Laufe von drei oder vier Jahren zu erreichen. Ob der Betrag ausreichend sei, schien vom Anfang an fraglich, aber kaum jemand zweifelte daran, daß er die Erfordernisse auf mindestens drei Jahre decken würde. Eine der Bedingungen des Kredites bestand darin, daß England die freie Konvertibilität der aus den laufenden Geschäften sich ergebenden Pfundguthaben wiederherstellen sollte, — ein Versuch, der am 15. Juli dieses Jahres erstmals gemacht wurde und am 20. August nach praktischer Erschöpfung der Dollarkredite zusammenbrach.

Wie kam es zu dieser Entwicklung, die auch die pessimistischsten Erwartungen übertraf? Wie war es möglich, daß nach den ersten günstigen Anzeichen die Entwicklung der englischen Ausfuhr so wenig Fortschritte machte und daß in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres ein Dollarbetrag aufgewendet wurde, der selbst das unerwartet große sichtbare Defizit der Zahlungsbilanz noch um die Hälfte überstieg?

Um die doppelte Aufgabe der Steigerung der Ausfuhr und der Durchführung der wichtigsten Investitionen mit Erfolg in Angriff zu nehmen, war es unvermeidlich, die Befriedigung des Inlandsbedarfes weitgehend zu drosseln, und die Investitionen auf das allerdringlichste zu beschränken. *Inlandskonsum, Ausfuhrsteigerung* (die ja zur bloßen Bezahlung des laufenden Konsums notwendig war, bevor eine Verbesserung der Versorgung in Frage kam) und *Investitionsbedarf* standen in Konkurrenz um die beschränkten verfügbaren Produktionskräfte. Jede Steigerung einer dieser Größen über das Maß der allgemeinen Produktionszunahme hinaus mußte auf Kosten der andern gehen.

Soweit die direkte Kontrolle des *Inlandkonsums* in Frage steht, muß zugegeben werden, daß die Regierung ihr bestes tat, um seine

zu schnelle Zunahme zu verhindern. Die Kriegsrationierung der Lebensmittel, Textilwaren usw. wurde beibehalten und z.T. sogar verschärft. (Die Brotrationierung z.B. wurde erst nach dem Ende des Krieges eingeführt.) Dies wirkte sich jedoch nur bei den wichtigsten Bedarfsartikeln aus. Die volle Kontrolle aller Produktion, die im Kriege bestanden hatte, konnte nicht beibehalten werden. Und da vom Kriege her noch ein gewaltiger Kaufkraftüberschuß in den Händen der Bevölkerung geblieben war und auch die laufend verdienten Geldeinkommen den Wert der verfügbaren Konsumgütermengen weit überstiegen, übte diese Inlandsnachfrage eine starke Saugwirkung auf die Produktion aus, die um so wirksamer war, als die fortdauernden Preiskontrollen die Preissteigerungen verhinderten, die ihrerseits die Zunahme der Nachfrage abgebremst hätten.

Wie in fast allen Ländern der Welt bestand also in England eine *zurückgestaute Inflation* und wie überall gab man sich der Hoffnung hin, ihr bald durch eine Steigerung des Güterangebots begegnen zu können. Sollte aber der Ausfuhr- und der Investitionsbedarf befriedigt werden, so war eine Steigerung der Inlandsversorgung nur in beschränktem Maße möglich. Wenn sowohl eine wirkliche Inflation vermieden werden als auch der inländische Konsum in jenen Grenzen gehalten werden sollte, die mit den Erfordernissen der Ausfuhr und der Investitionen vereinbar waren, so erwies es sich als dringend notwendig, das Geldeinkommen, das der Bevölkerung zu Konsumausgaben zur Verfügung stand, dem Betrag der verfügbaren Konsumgütermengen entsprechend zu beschränken.

Zur Kontrolle dieses Verhältnisses standen der Regierung im wesentlichen zwei Mittel zur Verfügung: ihre *Budgetpolitik* und ihre *Investitionspolitik*. Ein Budgetdefizit, das durch Bankkredite gedeckt wird, führt zu einer weiteren Steigerung der Geldeinkommen und des Konsumbedarfs. Ein Budgetüberschuß dagegen bedeutet, daß das zu Konsumzwecken verfügbare Einkommen entsprechend gekürzt wird. Dies gilt ganz allgemein, aber in einem besonderen Sinn gilt es in der augenblicklichen Lage Englands, da ein nicht unbeträchtlicher Teil der Budgetlast in der Form von Lebensmittelzuschüssen dazu dient, die Lebenskosten niedrig zu halten und so indirekt den Konsum zu fördern. Eine Reduktion der Staatsausgaben durch Kürzung oder Streichung der Lebensmittelzuschüsse würde sofort eine Senkung der Konsumnachfrage herbeiführen, sofern die unvermeidliche Preissteigerung der Lebensmittel nicht durch entsprechende Lohnsteigerungen ausgeglichen würde. Es war die Furcht, auf diese Weise eine Inflationsspirale in Bewegung zu setzen, die bisher nicht nur eine Beseitigung der Lebensmittelzuschüsse verunmöglicht, sondern sogar das fortgesetzte Ansteigen des Gesamtbetrages dieser Zuschüsse verursacht hat.

Nicht so leicht zu durchblicken, aber in mancher Hinsicht noch entscheidender ist der Zusammenhang zwischen Investitionspolitik und der Befriedigung des Ausfuhr- und Konsumbedarfs. In einem Zustand allgemeiner Knappheit von Arbeitern und Produktionsmitteln vermindert natürlich zunächst jede Steigerung der Investitionen die laufende Erzeugung von Fertigprodukten, die entweder für die Ausfuhr oder für den Inlandskonsum zur Verfügung stehen, so sehr sie auch in der Zukunft jene Produktion steigern mögen. Außerdem aber bedeutet eine Steigerung der Investitionen über das Ausmaß hinaus, das durch die laufenden Ersparnisse finanziert werden kann, daß das zu Konsumausgaben verfügbare Geldeinkommen der Bevölkerung weiter erhöht, also der inflationistische Druck auf dem Konsumgütermarkt noch weiter gesteigert wird. In der gegebenen Lage war es darum von der allergrößten Wichtigkeit, den Gesamtbetrag der Investitionen in den Grenzen zu halten, die mit den Bedürfnissen des Konsums und der Ausfuhr vereinbar waren, und die einzelnen Investitionen in der Form vorzunehmen, daß sie nicht nur den größten, sondern auch den schnellsten Beitrag zur Steigerung der Fertigproduktion leisteten, der zu erzielen war.

Hier ist es notwendig, kurz auf den Zusammenhang zwischen den *Auslandsanleihen* und der *Befriedigung des Kapitalbedarfs der englischen Industrie* einzugehen, da in diesem Punkt ganz mißverständliche Vorstellungen zu unbegründeten Vorwürfen geführt haben. Besonders in Amerika ist vielfach Kritik daran geübt worden, daß Großbritannien die Kredite fast ausschließlich zu Lebensmittelkäufen und nur in sehr geringem Umfang zum Bezug von Maschinen und dergleichen verwendet hat. Dies ist richtig, bedeutet aber keineswegs, daß die Kredite falsch verwendet wurden. Kapitalimporte müssen keineswegs die Form der Einfuhr von Kapitalgütern annehmen und in industriell hochentwickelten Ländern ist es meist gar nicht zweckmäßig, daß sie diese Form nehmen. Wo ein Land in der Lage ist, die Kapitalgüter selbst zu erzeugen, ist es meist vorteilhafter, dies auf Kosten der Konsumgüterproduktion zu tun und die fremden Anleihen dazu zu verwenden, das Konsumgüterdefizit zu decken, das dadurch zeitweilig entsteht. Abgesehen vom Bezug von Spezialmaschinen, die Amerika besser bieten kann, bestand also gar kein Anlaß, vor allem Kapitalgüter nach England einzuführen. Die einzige Frage, die mit Grund aufgeworfen werden kann, ist die, ob Großbritannien die Atempause, die ihm die Anleihe geboten hat, dazu verwendet hat, sich selbst in die Lage zu versetzen, in Zukunft seinen Bedarf selbst zu decken, oder ob die Beträge dazu dienten, den Lebensstandard auf einem Niveau zu erhalten, das nicht erhalten werden konnte, nachdem die Anleihe erschöpft war. Leider ist das letztere der Fall.

Die Politik, die hätte verfolgt werden müssen, um die Schwierigkeiten möglichst schnell zu überwinden, ist in ihren Grundzügen leicht zu umreißen. In erster Linie war eine äußerst *straffe Finanzpolitik* angezeigt, die schnell auf einen beträchtlichen Budgetüberschuß hinarbeitete, in der bestimmten Absicht, nicht nur den angesammelten Kaufkraftüberschuß abzuschöpfen, sondern auch das laufend der Bevölkerung zu Konsumausgaben verfügbare Einkommen auf das zulässige Maß zu beschränken. Das hätte eine Senkung der Ausgaben, insbesondere eine Beseitigung der Lebensmittelzuschüsse und eine drastische Erhöhung der indirekten Steuern erfordert, da die direkten Steuern bereits ein Niveau erreicht hatten, das den Anreiz zu größerer Leistung schon bedrohlich verminderte. Ebenso wichtig aber war es, den *Umfang der Investitionstätigkeit* auf jenes Gesamtausmaß zu *beschränken*, das mit der notwendigen raschen Steigerung der Ausfuhr und der Versorgung des Inlandskonsums vereinbar war. Nichts war wichtiger als die größte Sparsamkeit in der Kapitalverwendung, die größte Sorgfalt in der Auswahl der Investitionen und ihrer Beschränkung auf jene, die den höchsten Ertrag versprachen.

Die Einsicht, daß eine richtige Politik nach diesen Grundsätzen hätte vorgehen müssen, bedeutet freilich noch nicht, daß sie politisch möglich gewesen wäre, oder gar, daß eine konservative Regierung eine solche Politik verfolgt hätte. Das ändert aber nichts daran, daß die *sozialistische Regierung*, die 1945 an die Macht kam, in noch viel höherem Maße als eine andere Regierung die Gefangene von Überzeugungen und Vorurteilen war, die sie den Notwendigkeiten gegenüber blind machte und sie in vieler Hinsicht dazu führte, gerade das Gegenteil von dem zu tun, was die Umstände verlangten. Während es wahrscheinlich richtig ist, daß die Labourregierung besser in der Lage war, mit Erfolg Opfer von der Bevölkerung zu verlangen, so war es doch viel schwieriger für sie, ihre eigenen Prinzipien diesen Notwendigkeiten unterzuordnen.

Öffentliche Meinung und Wirtschaftspolitik

Hinsichtlich der meisten entscheidenden Punkte muß freilich zugegeben werden, daß die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen britischen Regierung von Ideen geleitet wird, die, wenn auch in eher gemäßigter Form, von einem großen Teil der öffentlichen Meinung geteilt werden. Ebenso ist kaum zu bestreiten, daß selbst die Mehrzahl der Fachleute lange gebraucht haben, bis sie einsahen, daß die besonderen Umstände, die vor dem Kriege jenen Ideen in England besonderen Einfluß verliehen und ihnen vielleicht eine gewisse Recht-

fertigung geben, heute nicht mehr bestehen, sondern daß nun vielfach das Gegenteil von den Voraussetzungen zutrifft, unter denen sie eine gewisse Gültigkeit haben mochten. Es scheint, daß in diesem Punkte auch die Nationalökonomen nicht über eine gewöhnliche menschliche Schwäche erhaben sind, deren insbesondere die Generäle so oft gezeichen werden, denen man vorwirft, daß sie sich immer für den letzten, und nie für den nächsten Krieg vorbereiten. Zweifellos ist England an seine wirtschaftlichen Nachkriegsprobleme mit Vorstellungen herangegangen, die vielleicht seiner Situation vor dem Kriege, sicher aber nicht seiner gegenwärtigen Situation angemessen waren.

Wenn man die *Fehler der englischen Wirtschaftspolitik* verstehen will, so muß man sich vor allem daran erinnern, daß fast die ganzen Jahre zwischen den beiden Kriegen hier unter dem Schatten großer Arbeitslosigkeit standen, daß zumindest eine Zeit lang Deflationsvorgänge tatsächlich für einen Teil dieser Arbeitslosigkeit verantwortlich waren und daß es damals einigermaßen plausibel schien, eine Kapitalüberfülle und die Erschöpfung der Investitionsgelegenheiten zu fürchten. Es war in diesen Jahren, wo die *Theorien Lord Keynes'* den allergrößten Einfluß gewannen, die, zumindest in ihrer populären Auslegung, Budgetdefizite als wünschenswert, gewaltige öffentliche Investitionen als notwendig, Deflation als die einzige wirkliche Gefahr, Kreditexpansion als das Universalheilmittel und eine Politik niederer Zinssätze als die unerlässliche Voraussetzung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erscheinen ließen. Es braucht kaum betont zu werden, daß heute die Lage in allen wesentlichen Punkten das genaue Gegenteil von dem ist, was sie damals war, und daß Lord Keynes, wenn er noch lebte, heute wahrscheinlich einer der ersten wäre, der energisch gegen die Fehlanwendung jener Maßnahmen in der heutigen Lage Stellung nehmen würde. Das ändert aber nichts daran, daß es in großem Maße seinem Einfluß zuzuschreiben ist, wenn viele wichtige Einsichten, die auf die gegenwärtige Situation Anwendung finden und die einst der öffentlichen Meinung vertraut waren, heute vergessen sind, und daß viele der Maßnahmen, die er heute wahrscheinlich befürworten würde, dank seinem Einfluß als «altmodisch» und «orthodox» diskreditiert sind.

Sicher ist, daß die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung zu Beginn von nichts so sehr als von der *Furcht vor einer Wiederkehr der Arbeitslosigkeit* geleitet wurde, daß diese Furcht sie sogar bestimmte, die Demobilisierung übermäßig hinauszuziehen; — daß ferner sowohl die Fortsetzung der Politik des billigen Geldes als die allgemein inflationistische Tendenz der Finanzpolitik, die allgemeine Unterschätzung aller «bloß» finanziellen Erwägungen sowie die Vorstellung, daß die Investitionen kaum hoch genug sein können,

alle die Folge einer geistigen Einstellung sind, die zwar historisch leicht erklärbar, aber den heutigen Verhältnissen völlig unangemessen ist.

Die Auswirkungen dieser Einstellung auf die Politik in ihren Einzelmaßnahmen reichen viel weiter als man vielleicht zunächst erwarten würde. Gemäß ihrer sozialistischen Überzeugung hat die gegenwärtige Regierung ihr Wirtschaftsprogramm *planwirtschaftlich orientiert*; die Zahl der Kontrollen und Eingriffe, welche die wirtschaftliche Tätigkeit beschränken und sie oft lähmen, ist Legion. Die tragische Ironie dieser Lage liegt aber darin, daß der charakteristischste Zug der gegenwärtigen Wirtschaft nicht in dem Übermaß von Planung im Einzelnen, sondern in dem Fehlen jenes Elementes von Ordnung und Planung besteht, das die Wirtschaft früher besaß, — und daß ferner die Kontrollmaßnahmen zum großen Teil nicht Glieder eines einheitlichen Planes sind, sondern den Planern unerwartet jeweils als Folge ihrer eigenen Politik aufgezwungen wurden. Vielleicht der erste und jedenfalls der entscheidende Schritt auf dem Wege zu einer sogenannten Planwirtschaft war nämlich der, daß die Planer gewisse automatische Kontrollen, von denen die Ordnung einer Verkehrswirtschaft abhängt, wegplanten, ohne etwas anderes an ihre Stelle zu setzen.

In der Verkehrswirtschaft der Vergangenheit wurde die Übereinstimmung zwischen Produktion und Verbrauch, zwischen Sparen und Investieren und zwischen Gütereinfuhr und Güterausfuhr — unvollkommen zwar, aber doch annähernd — durch gewisse halbautomatische Kontrollen des Geldumlaufes erzielt, deren Funktionieren wieder von der Befolgung gewisser Erfahrungsregeln in der Finanz- und Währungspolitik abhängig war. Jährliche Balanzierung des Budgets und die traditionellen Regeln der Währungs- und Kreditpolitik, zusammen mit dem Mechanismus der Goldwährung, mögen sehr unvollkommene und in hohem Maße verbesserungsfähige Methoden gewesen sein, um dieses Ziel zu erreichen; aber sie brachten es wenigstens mit sich, daß die Geldeinkommen annähernd den verfügbaren Gütermengen entsprachen, daß nicht mehr Produktionskräfte Investitionszwecken gewidmet wurden als bei der Befriedigung der laufenden Bedürfnisse entbehrten konnten, und daß die Zahlungsbilanz eines Landes nicht auf längere Zeit aus dem Gleichgewicht geraten konnte. Daß diese automatischen Kontrollen manchmal auch die volle Ausnützung der vorhandenen Produktionskräfte verhinderten, ist zuzugeben. Aber das bedeutet doch nur, daß es wünschenswert war, bessere, angemessene Kontrollen des gesamten Geldeinkommens an Stelle der alten zu setzen, nicht aber, daß man sie einfach beseitigen konnte, ohne dadurch schwere Störungen hervorzurufen.

Tatsächlich sind wir jedoch so weit, daß weder ein automatischer Mechanismus noch bewußte Planung das gesamte zu Konsumtionszwecken verfügbare Geldeinkommen in den Grenzen hält, die den für den Inlandskonsum verfügbaren Gütermengen entsprechen. Würde man den Menschen heute erlauben, ihr Einkommen so anzugeben, wie sie es wünschen, so würde das zunächst zu einer starken Preissteigerung und dann immer mehr dazu führen, daß Produktionskräfte, die für die Ausfuhr oder für Investitionszwecke benötigt werden, statt dessen dem heimischen Konsum zugeführt würden. Solange dieser inflationistische Druck fort dauert, kann eine solche Entwicklung nur durch direkte mengenmäßige Beschränkungen, wie Rationierung, Zuteilungen u. dgl. verhindert werden. Das Fehlen der Begrenzung der Gesamteinkommen macht so unzählige Kontrollen im Einzelnen notwendig. Aber diese können nie umfassend genug sein, um die inflationistischen Wirkungen zu unterbinden. Solange überhaupt irgendwo ein freier Markt und eine Möglichkeit freier Entscheidung über die Produktion besteht, wird dieser Nachfrageüberschuß unvermeidlich Mittel in Anspruch nehmen, die anderswo fehlen werden. So verdanken wir diesem fortbestehenden Inflationsdruck nicht nur die notwendige Beibehaltung und Ausdehnung der direkten Kontrollen, die ihrerseits die Produktion hemmen, sondern auch die allgemeine Knappheit an Arbeitern, Rohstoffen und Maschinen und all' die sogenannten «bottlenecks», die überall das große Hindernis einer Produktionssteigerung sind.

Wahrscheinlich ist es für eine sozialistische Regierung, in Anbetracht all' der Versprechungen, die sie gemacht hat, besonders schwierig, sich durch freiwilligen Entschluß jene Beschränkungen aufzulegen, die ihr kein automatischer Mechanismus mehr aufzwingt. Jedenfalls gibt es aber kaum ein besseres Schulbeispiel als die Politik Englands der letzten zwei Jahre, um zu zeigen, wie wenig reif wir noch sind, um durch bewußte Entscheidung eine bessere Anpassung unserer Pläne an die Möglichkeiten herbeizuführen, als dies die automatischen Methoden der Vergangenheit taten. Keine andere Regierung hat wahrscheinlich je eine so vollkommene statistische Information über alle relevanten Faktoren besessen, die in der Bestimmung der zulässigen Informationen in Betracht zu ziehen waren, als die gegenwärtige englische Regierung. Trotzdem hat sie ein *Investitionsprogramm* in Angriff genommen, über dessen Undurchführbarkeit man sich sofort im klaren sein mußte, wie auch darüber, daß ein Versuch, es durchzuführen, sowohl die Steigerung des Exports als die Inlandsversorgung aufs schwerste beeinträchtigen müßte. Die Schwierigkeiten der letzten zehn Monate und die Krise vom August sind eine direkte Folge dieser Politik.

Die Entwicklung der letzten zwei Jahre hätte eigentlich nie-

manden überraschen sollen, der mit den groben Umrissen der englischen Finanzpolitik vertraut war. Im Jahre 1946 hielt sich der Betrag der Investitionen mit rund 700 Millionen Pfund annähernd im Bereich der verfügbaren Ersparnisse, aber das Gleichgewicht zwischen Güternachfrage und Angebot war noch durch ein sichtbares Budgetdefizit von etwa 400 Millionen Pfund gestört, das sich denn auch in einem entsprechenden Einfuhrüberschuß widerspiegelte. Immerhin bestand gute Aussicht, daß mit dem Ausgleich des Budgets und der entsprechenden Kürzung der Inlandsnachfrage auch genügend Güter für den Export freigesetzt würden, um das Defizit der Handelsbilanz auf einen kleinen Betrag zu reduzieren. Das wäre wohl auch geschehen, wenn die Regierung nicht durch eine starke weitere Ausdehnung der Investitionen *die Produktivkräfte gebunden* hätte, die der Steigerung des Exportes dienen sollten. Da wir noch nicht jene eingehenden Daten über diese Entwicklung besitzen, die uns für das abgelaufene Jahr jeweils das mit dem Budget erscheinende «White Paper on National Income and Expenditure» gibt, ist es noch nicht möglich, genauere Angaben über das Ausmaß jener Zunahme der Investitionen zu machen. Aber nach den in der «Economic Survey for 1947» gemachten Ankündigungen muß man annehmen, daß die jährlichen Investitionen um etwa 400 Millionen Pfund auf etwa 1100 Millionen gesteigert wurden, das heißt also, daß die ganze Wirkung einer Beseitigung des Budgetdefizits durch eine gleich große Steigerung der Investitionen wettgemacht wurde. Das mußte zur Folge haben, daß keine weitere Steigerung des für den Export verfügbaren Überschusses eintreten konnte und keine weitere Verminderung des Einfuhrüberschusses zu erwarten war. Die Entwicklung der letzten zehn Monate hat diese Erwartung voll bestätigt.

Die *Unerfüllbarkeit des Investitionsprogrammes* und die Folgen eines Versuches, es durchzuführen, waren nicht nur vorauszusehen; sie sind auch vorausgesagt worden. Warum hat die Regierung trotzdem auf seiner Durchführung beharrt? Die Antwort liegt wohl darin, daß hier zwei ihrer wichtigsten Versprechen an die Massen auf dem Spiele standen: das Wohnbauprogramm und der Erfolg ihrer *Sozialisierungspolitik*. Daneben schien auch die *Vollbeschäftigungspolitik*, auf die sie sich festgelegt hatte, die hohen Investitionen zu fordern.

Das *Wohnbauprogramm* stellt natürlich den größten einzelnen Posten unter den Investitionen dar und der politische Druck, der hier eine Beschränkung schwierig machte, braucht kaum weiter erörtert werden. Dasselbe gilt für die großen Bauten von Schulen und Spitälern, welche die Hinaufsetzung des schulpflichtigen Alters und die neue Krankenversicherung notwendig machten. Aber auch das *industrielle Investitionsprogramm* hängt aufs engste mit den politischen

Plänen der Regierung zusammen. Denn die Industrien, die hier die größten Mittel in Anspruch nehmen, Kohle, Elektrizität, Eisenbahnen und Eisen- und Stahlerzeugung, sind entweder schon nationalisiert oder sollten nationalisiert werden. Und der *Erfolg der Sozialisierung* sollte sich ja eben darin zeigen, daß große technische Verbesserungen, die das Privatkapital nicht durchgeführt hatte, in der sozialisierten Industrie sogleich zur Durchführung gelangen würden.

Der Zusammenhang der Investitionspolitik mit der Vollbeschäftigungspolitik ist vielleicht etwas indirekter, aber nicht weniger wichtig. Vor allem ist das starre *Festhalten an den niederen Zinssätzen* vorwiegend auf die theoretischen Auffassungen zurückzuführen, die der Vollbeschäftigungstheorie zu Grunde liegen. Ohne eine beträchtliche Steigerung der Zinssätze ist aber eine wirksame Auswahl der ertragreichsten Investitionen kaum möglich. Wahrscheinlich ist es auch richtig, daß heute die notwendige Beschränkung der Investitionen nicht durchzuführen ist, ohne vorübergehend Arbeitslosigkeit in gewissen Industrien zu verursachen. Die Überleitung von Arbeitern aus der Bauindustrie in den Kohlenbergbau, oder allgemein aus den Kapitalgüterindustrien in die Fertigwarenindustrien wird kaum gelingen, ohne in den Industrien, deren Umfang eingeschränkt werden muß, vorübergehend Arbeitslosigkeit zu schaffen. Dieses Risiko zu laufen, war die Regierung aber noch nicht bereit.

Die Augustkrise und die ersten Notmaßnahmen

Die unbefriedigende Entwicklung des englischen Exports im Jahre 1947 wurde zunächst ganz den Auswirkungen der Kohlenkrise des letzten Winters zugeschrieben. Zweifellos hat diese viel zur Verschärfung der Situation beigetragen. Und nichts wäre irreführender, als die Wichtigkeit, ja die Schlüsselstellung, welche die Kohlenförderung für die wirtschaftliche Zukunft Englands hat, irgendwie anzweifeln zu wollen. Indessen muß gesagt werden, daß dem ungewöhnlich kalten Winter doch eine viel zu große Schuld an der Entwicklung beigemessen wird. Die Kohlenkrise war vorauszusehen, und die Kohlenknappheit im allgemeinen ist als ein Teil der allgemeinen Produktionskrise zu betrachten.

Gegen Mitte des Jahres wurde es jedenfalls immer klarer, daß tieferliegende Gründe, die wir nun schon kennen, für die andauernd schlechte, ja sogar schlechter werdende Außenhandelsposition verantwortlich sein mußten. Für das ganze Jahr war ein *Außenhandelsdefizit von fast 600—700 Millionen Pfund* zu erwarten, das aus den Dollarkrediten gedeckt werden mußte. Deren Erschöpfung im Laufe

des Jahres 1948 war also mit Sicherheit vorauszusehen und es schien wenig Aussicht zu bestehen, daß sich die Lage bis dahin wesentlich geändert haben würde. Wenn aber tatsächlich jene Kredite schon Ende August dieses Jahres zum größten Teil aufgebraucht waren, so ist das höchstens indirekt dem laufenden Defizit der britischen Handelsbilanz zuzuschreiben. Andere Ursachen kamen hinzu.

Im einzelnen ist es, auch nach den letzten Erklärungen des Schatzkanzlers im Parlament, noch immer nicht ganz klar, wie sich die großen *Dollarverluste* im Laufe der ersten acht Monate des Jahres auf die verschiedenen Ursachen aufteilen lassen. Aber in großen Zügen läßt sich nun erklären, wie es kam, daß während dieser Periode die Dollarabzüge so viel größer waren als sich durch das sichtbare Defizit in der britischen Außenbilanz erklären läßt. Insbesondere ist es nun sicher, daß die Schwierigkeiten nicht erst ein Ergebnis des am 15. Juli begonnenen Versuches waren, das Pfund frei in andere Währungen konvertierbar zu machen, sondern daß die Inanspruchnahme der Dollarkredite schon vor diesem Datum in einem beunruhigenden Umfang vor sich ging. Um so überraschender muß es freilich erscheinen, daß jenes Experiment in diesem Augenblick doch noch versucht wurde.

Es ist inzwischen klar geworden, daß Großbritannien die Kredite nicht allein zur Deckung seines Einfuhrüberschusses verwendete, sondern den Versuch machte, mit ihrer Hilfe wieder die Stellung eines Bankiers für die ganze «*Sterling Area*» zu erringen und daß es in der Folge nicht nur sein eigenes Dollardefizit, sondern auch das des übrigen Sterlinggebietes aus seinen Guthaben bestreiten mußte. Das mag eine Folge des Bestrebens gewesen sein, den Bestand des «*Sterling Clubs*» und die *finanzielle Stellung Englands im Bereich der Sterlingländer* zu sichern. Aber es war zweifellos nicht die ursprüngliche Bestimmung der Anleihe, deren Bedingungen eine solche Verwendung sogar ausdrücklich auszuschließen schienen, und es kann auch bezweifelt werden, ob der *britische Steuerzahler* bereit gewesen wäre, die schwere Belastung der Anleihe auf sich zu nehmen, wenn er gewußt hätte, daß sie nicht nur zur Deckung seines eigenen Lebensbedarfs während einer Übergangsperiode dienen sollte, sondern daß daraus auch eine Art gemeinsame Währungsreserve für alle Länder des «*Sterling Clubs*» geschaffen werden würde, dessen andere Mitglieder nichts zu den Kosten der Anleihe beitragen. Etwa ein Drittel von den über 700 Millionen Pfund aus den Dollaranleihen, die in den ersten acht Monaten des Jahres verbraucht wurden, scheint auf diese Weise andern Mitgliedern der Sterlinggruppe zugute gekommen zu sein.

Eine ganz andere Frage ist die, ob die britischen Finanzbehörden und die Bank von England unter den gegebenen Umständen diese

Entwicklung hätten verhindern können, und wie weit insbesondere das Zögern dieser Stellen, die aus dem Krieg herrührenden, schon früher erwähnten Sterlingguthaben jener Länder formell zu blockieren, dafür verantwortlich ist. Daß in gewissem Ausmaß, ebenso sehr gegen die Bestimmungen der Anleihe als gegen das Interesse Großbritanniens, solche *Umwandlungen alter Sterlingguthaben gegen Dollars* stattgefunden haben, scheint sicher zu sein. Es wäre wichtig zu wissen, wie das geschehen konnte, nicht so sehr wegen der Frage einer eventuellen Verantwortlichkeit, sondern wegen der Gefahr einer Wiederholung solcher Vorgänge. Denn Großbritannien kann es sich jetzt natürlich noch weniger leisten, daß die verbleibenden Gold- und Dollarreserven, auf die es nun allein angewiesen ist, in ähnlicher Weise in Anspruch genommen werden.

Solche *Reserven*, hauptsächlich Gold und international verkäufliche Wertpapiere, sind natürlich vorhanden und die Erschöpfung der Dollarkredite bedeutet nicht, daß Großbritannien sofort seine Warenbezüge auf den Umfang seiner laufenden Einnahmen einschränken muß. Sie bedeutet aber, daß die Atempause, die dem Lande gegeben schien, sehr wesentlich verkürzt ist. Im gegenwärtigen Umfang könnte Großbritannien kaum viel mehr als ein Jahr lang den Einfuhrüberschuß aus seinen Reserven bestreiten. Selbst wenn mit weiterer amerikanischer Hilfe diese Galgenfrist etwas verlängert werden sollte, ist das Problem von einer Dringlichkeit, daß es nicht mehr vernachlässigt werden kann. Daß das nun voll erkannt wird, ist ein Gewinn aus dem Schock, den die unerwartete Krise der öffentlichen Meinung versetzt hat.

Es fehlt im Augenblick nicht an Entschlossenheit und Energie. Aber wird die Lösung mit tauglichen Mitteln versucht werden? Wird die Regierung sich von ihren Vorurteilen und den Fehlern der Vergangenheit genügend frei machen können, und wird sie vor allem — selbst wenn sie erkennt, was notwendig ist — genügend Handlungsfreiheit besitzen, um nach dieser Erkenntnis zu handeln? Vorläufig läßt sich nur sagen, daß sie in manchen Punkten beginnt, wenn auch nur langsam und verspätet, sich in der richtigen Bahn zu bewegen, daß aber in anderen noch keine Zeichen der Einkehr zu bemerken sind. Vor allem scheint eine beträchtliche — wenn auch noch unzureichende — *Beschränkung der Investitionstätigkeit* beschlossene Sache zu sein. Aber nicht bloß die zweihundert Millionen, von denen Sir Stafford Cripps bisher sprach, sondern mehr als das doppelte müßte wahrscheinlich vom jährlichen Investitionsprogramm abgestrichen werden, um den notwendigen Spielraum für die Ausdehnung der Exportproduktion zu gewinnen. Damit wären die Voraussetzungen für eine rasche Neuanpassung der gesamten Wirtschaft an die Notwendigkeit des Augenblicks geschaffen, und es wäre vor allem die

Möglichkeit geboten, den Preismechanismus wieder zum Funktionieren zu bringen. Wie schon betont, waren alle die Kontrollen und Zwangsmaßnahmen kaum vermeidbar, solange der Inflationsdruck andauerte. Mit seiner Beseitigung könnten auch sie fallen und der Markt könnte wieder in wirksamer Weise zur Lenkung der Produktivkräfte verwendet werden. Außerhalb der Regierungskreise drängt sich die Überzeugung immer mehr durch, daß nur so die immer größer werdende Unwirtschaftlichkeit und Verschwendungen von Produktivkräften beseitigt und genügende Anreize zur Produktionssteigerung geschaffen werden können. *Aber hat sich die Regierung schon genügend von ihrem planwirtschaftlichen Doktrinarismus befreit, um diese Möglichkeiten auszunützen?*

In diesem Punkte sind die bisherigen Äußerungen der verantwortlichen Minister noch wenig ermutigend. Insbesondere Sir Stafford Cripps, jetzt nicht nur der fähigste, sondern unzweifelhaft auch der einflußreichste unter den für die Führung der Wirtschaftspolitik verantwortlichen Männern, setzt seine Hoffnung noch immer so sehr wie nur je auf eine geplante Ausdehnung des Exports, auf eine Dirigierung von Arbeit und Produktivkräften in die Exportindustrien, welch' jeder ein bestimmtes zahlenmäßig festgesetztes Ziel gesetzt ist, das sie erreichen soll. Daß auf diese Weise die notwendige Steigerung des Exports nicht erreicht werden wird, ist mit ziemlicher Sicherheit vorauszusagen. Wie man auch sonst von der Leistungsfähigkeit der Planwirtschaft denken mag: daß sich *die Exportindustrien am wenigsten für detaillierte Planung eignen*, sollte eigentlich außer Zweifel stehen. Wenn irgendwo die vollste Ausnützung aller Spezialkenntnisse der verschiedenen Märkte und der besonderen Umstände des Augenblicks entscheidend und darum die rascheste Anpassungsmöglichkeit und Entscheidungsfreiheit des einzelnen Unternehmers notwendig ist, dann gilt dies für das Exportgeschäft. Was der Staat hier mit Erfolg tun kann, ist nicht viel mehr als dafür Sorge zu tragen, daß die inländische Nachfrage so gering ist, daß sich für alles, was sich irgendwie exportieren läßt, die Ausfuhr gewinnbringender erweist als der Verkauf im Inland. Dann und nur dann ist jeder Produzent gezwungen, alle seine Kenntnisse und Bemühungen der Forcierung des Exports zuzuwenden, und nur wenn alle wirtschaftliche Begabung und Energie in den Dienst dieses Ziels gestellt wird, kann es erreicht werden. Niemand vermag heute vorauszusagen, wo und für welche Waren sich die Märkte finden werden. Es ist eine Aufgabe, die mit demselben Unternehmungsgeist in Angriff genommen werden muß, der einst die Entdeckungsfahrten der englischen Kaufleute leitete. Pläne, die im voraus zu ihrer Lösung gemacht wurden, bleiben nicht allein auf dem Papier, sondern sie verhindern auch viele Entwicklungen, die zu dieser Lösung einen großen

Beitrag leisten könnten, aber in diesen Plänen nicht vorgesehen waren.

Der allgemeine *Zwang zum Export* bedingt aber, daß die *Inlandnachfrage genügend verringert* wird, das heißt, daß die Geldeinkommen auf das Maß reduziert werden, das der auf jeden Fall unvermeidlichen Verringerung der Realeinkommen entspricht. Daß Regierung und Bevölkerung noch nicht bereit sind, diese Senkung des Lebensstandards, die ja tatsächlich schon zum größten Teil eingetreten ist, auch in einer Senkung der Geldeinkommen zum Ausdruck kommen zu lassen, ist die Grundschwierigkeit in der augenblicklichen Lage. Das Tragische daran ist, daß die Partei, welche, besäße sie die Einsicht und den Mut, wahrscheinlich allein in der Lage wäre, die Bevölkerung von jener Notwendigkeit zu überzeugen und die vielleicht auch allein das Erforderliche ohne schwere soziale Kämpfe durchsetzen könnte, bisher in dieser Richtung nur zögernd und ganz unzureichend vorgegangen ist.

Es wird nicht viele Monate dauern, ehe es klar werden wird, daß sie mit den jetzt versuchten Methoden ihr Ziel nicht erreichen kann. Es ist möglich, aber nicht wahrscheinlich, daß bis dahin die in informierten Kreisen sich rasch verbreitende Einsicht in die wahre Natur des Problems genug Fortschritte gemacht hat, um zu einer *Umkehr der Politik* zu führen. Wahrscheinlicher aber ist, daß in den maßgebenden Regierungskreisen das Versagen der planwirtschaftlichen Versuche nur als Beweis dafür angesehen werden wird, daß noch nicht genug geplant und noch nicht genug Zwangsmaßnahmen angewendet wurden. Hand in Hand damit würde eine *allgemeine Radikalisierung* nicht nur der Wirtschaftspolitik, sondern wohl auch in der Zusammensetzung der Regierung vor sich gehen. Wie weit dieser Prozeß bei zunehmender wirtschaftlicher Notlage, besonders nach einer endgültigen Erschöpfung der Auslandsreserven, getrieben werden könnte, ist kaum vorauszusagen.